

## Resolution

### "Keine Laufzeitverlängerung für Neckarwestheim - Sicherheit und Klimaschutz nur mit Atomausstieg"

Die von EnBW beantragte Laufzeitverlängerung für Neckarwestheim I führt energie- und klimaschutzpolitisch in die Sackgasse. Atomkraftwerke bauen auf einer verwundbaren und risikoreichen Technologie auf. Das größte Risiko bergen dabei eindeutig alte Anlagen. Zu den sieben veralteten und sicherheitstechnisch besonders problematischen AKWs in Deutschland gehört in Baden-Württemberg – neben Philippsburg I – der Reaktor Neckarwestheim I.

Atomreaktoren altern: Extrem hohe Temperaturen, enorme mechanische Belastungen, Korrosion und das Neutronen-Dauerbombardement aus der Kernspaltung haben mit zunehmendem Alter eines Reaktors bei den einzelnen Bauteilen wachsende Risiken zur Folge. Bei alten Reaktoren wie Neckarwestheim I wurde neue Sicherheitstechnologie zwar vereinzelt nachgerüstet. Gerade aber die Kombination einer in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts konzipierten Anlage mit neuen, darauf nicht abgestimmten Komponenten, ruft neue, bislang wenig bekannte technische Probleme und Risiken hervor. Dies belegen schwere Störfälle in amerikanischen Reaktoren ebenso wie die Knallgasexplosion in Brunsbüttel im Jahr 2001. Hinzu kommt - selbst bei guten technischen Voraussetzungen einer Anlage - das Risiko menschlichen Versagens, wie wir es beispielsweise im schwedischen Reaktor Forsmark, in Krümmel oder 2001 beim schweren Störfall in Philippsburg II erlebt haben.

Atomanlagen sind in wachsendem Maße durch Terrorismus gefährdet: Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 wissen wir, dass auch gezielt herbeigeführte Abstürze von Verkehrsflugzeugen auf Atomkraftwerke von niemandem ausgeschlossen werden können. Neckarwestheim I ist wie Philippsburg I gegen den Absturz von großen Verkehrsflugzeugen nur unzureichend gesichert. Die Strategie der AKW-Betreiber, dieser Gefahr mit Störsendern und Vernebelungsmaschinen zu begegnen, ist gescheitert.

Atomenergie belastet Gesundheit und Umwelt vom Uranabbau bis zur Plutoniumwirtschaft. Nach wie vor ungelöst ist die Frage, wie die radioaktiven Abfälle über Zehntausende von Jahren sicher gelagert werden können. Hinzu kommt, dass der weltweite Zuwachs an waffenfähigem Plutonium sowie mittel- und hoch angereichertem Uran die Proliferationsgefahr erhöht, Abrüstungsbemühungen behindert und neue Gefahrenpotenziale schafft.

Die Kernkraftnutzung wird aufgrund des gerade in älteren Anlagen steigenden Unfallrisikos und Terroranschläge sowie der ungelösten Endlagerfrage immer unverantwortbarer. Der unter rot-grün beschlossene Atomausstieg ist ein entscheidender Schritt zu mehr Sicherheit. Neckarwestheim I geht genauso wie Biblis A und B und Brunsbüttel nach dem mit den Betreibern vereinbarten Atomkonsens in dieser Legislaturperiode vom Netz. Daran muss die derzeitige Bundesregierung festhalten. Laufzeitverlängerungen sind der falsche Weg.

Die Argumentation der EnBW – bzw. von CDU und FDP im politischen Raum – man müsse um des Klimaschutzes willen die Laufzeit für Neckarwestheim I verlängern, ignoriert alle Fakten.

1. AKW sind nicht klimaneutral. In ihre Bilanz muss einbezogen werden, dass wer Atomstrom bezieht damit noch kein warmes Wasser oder Raumwärme hat. AKWs erzeugen ihren Strom weit ab von Städten, in denen es privaten und industriellen Wärmebedarf gibt. 70% ihrer Energie verpuffen ungenutzt als Abwärme im Kühlwasser. Decken diese

- Haushalte – was noch immer die Regel darstellt - ihren Wärmebedarf über Öl- oder Gasheizungen, wird laut Zahlen des Bundesumweltministeriums mehr Kohlendioxid freigesetzt, als wenn Strom und Wärme mittels gasbefeuerteter Blockheizkraftwerke nahe bei den Verbrauchern hergestellt würden. Noch wesentlich schlechter stellt sich eine solche Bilanzierung in Fällen dar, in denen ein BHKW mittels Biogas betrieben wird.
2. Die 437 Atomkraftwerke, die Ende 2006 am Netz waren – sieben weniger als im Jahr zuvor – tragen gerade einmal mit 2,5% zum globalen Endenergieverbrauch bei. Auch noch so aufwendige PR-Kampagnen können nichts daran ändern: Der Effekt auf den globalen Treibhausgas-Ausstoß ist und bleibt marginal. Von einer Renaissance der Atomkraft kann selbst bei einzelnen Neubauten in Finnland, Russland oder China angesichts der wachsenden Zahl alter abgehender Anlagen überhaupt keine Rede sein:
  3. Das Festhalten an alten Atomkraftwerken führt dazu, dass dringend nötige Investitionen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zum Ausbau Erneuerbarer Energien aufgeschoben werden. Die inzwischen selbst von der Landesregierung beschworenen drei E's – Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung – kommen in den alten Strukturen nur unzureichend voran. Tatsächlich wird wirksamer Klimaschutz so nur weiter verzögert.
  4. Eine Energiepolitik die weiterhin auf Uran als Brennstoff setzt landet in der Sackgasse. Seriöse Berechnungen der Internationalen Atomenergieorganisation zeigen ein wirtschaftlich abbaubares Vorkommen von weltweit zwischen 1,25 und 4 Mio. Tonnen auf. Je nach Verbrauch reicht dies noch für 20 bis 65 Jahre. Die in den letzten Jahren um das Zwanzigfache gestiegenen Preise sind ein deutliches Indiz dafür, dass Uran auf dem Weltmarkt bereits knapper wird. Jim Cornell, der US-Chef von Nukem, dem weltweit zweitgrößten Brennstoff-Lieferanten für AKW, wurde im Februar diesen Jahres noch deutlicher: „Forget all about the nuclear renaissance!“ Für die Fantasien der hiesigen Atom-Lobby ist also nicht einmal der Brennstoff vorhanden.

Sicherheit und Klimaschutz werden nicht mit Laufzeitverlängerungen für alte Atomreaktoren verbessert. Bei ihrem Feldzug für längere AKW-Laufzeiten geht es den Betreibern nicht um Klimaschutz, sondern in erster Linie um die langfristige Sicherung milliardenschwerer Unternehmensgewinne. Angesichts gestiegener Strompreiserlöse sind abgeschriebene Atomkraftwerke wahre Gelddruckmaschinen. Wer es mit der Sicherheit Ernst meint, der sollte dafür kämpfen, dass alte AKW früher als mit den Konzernen vereinbart vom gehen. Das Atomausstiegsgesetz sieht die Möglichkeit der Strommengenübertragung von alten auf neuere AKW ausdrücklich vor.

Wir fordern:

- ◆ den baden-württembergischen Energiekonzern EnBW auf, den unverantwortlichen Antrag auf Laufzeitverlängerung für Neckarwestheim I zurückzuziehen,
- ◆ die Bundesregierung auf, eine Strommengenübertragung von der neusten deutschen Anlage Neckarwestheim II auf den Uraltreaktor Neckarwestheim I nicht zu genehmigen und
- ◆ bundesweit umgehend für sämtliche Atomkraftwerke die Durchführung der bereits im Ausstiegsgesetz vorgesehenen umfassenden und detaillierten Sicherheitsprüfungen anzuordnen,
- ◆ die baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger auf, ihren persönlichen Atomausstieg zu vollziehen und zu einem Ökostrom-Anbieter zu wechseln, solange die EnBW nicht bereit ist, ihre unter Rot-Grün gegebenen Zusagen zum Vollzug des Atomausstiegs einzuhalten.